

Materialien

Heft 2

für die 1. Tagung
des 2. Stadtparteitages

am 30. Januar 2010
Veranstaltungssaal LVB,
Angerbrücke, Jahnallee 56

DIE LINKE.

Bericht der Schlichtungskommission

1

2 Im Jahre 2007 wurde die Schlichtungskommission für die Stadtparteiorganisation gewählt. Sie besteht aus 6
3 Mitgliedern, von denen sich 5 aktiv an der Arbeit beteiligten.

4 Im Berichtszeitraum gingen uns vier Anträge zu, die wir fristgerecht bearbeiteten, d. h. wir mussten entscheiden,
5 ob wir eine Möglichkeit zur Schlichtung sehen, also den Antrag annehmen oder nicht.

6 Die angenommenen Anträge wurden in den uns vorgegebenen Fristen bearbeitet und entschieden und die
7 Antragsteller schriftlich von unserer Entscheidung informiert. Teilweise führte der Vorsitzende der
8 Schlichtungskommission im Vorfeld persönliche Gespräche mit den Antragstellern.

9 Grundlage unserer Arbeit bildete die „Schiedsordnung der Partei DIE LINKE“ vom März 2007. Während dort im §
10 37 verbindlich festgelegt ist, ... „sind durch die Parteitage der Landesverbände Schiedskommissionen zu bilden“,
11 heißt es weiter, „für Kreisverbände können Schlichtungskommissionen gebildet werden.“ Diese Möglichkeit hat
12 der Stadtverband Leipzig genutzt und dies in seiner Satzung vom 22. September 2007 unter IV. Abs. 1 verbindlich
13 festgelegt.

14 Leider wurden dazu keine Festlegungen über inhaltliche Aufgaben bzw. Befugnisse getroffen. Die in der
15 Bundessatzung enthaltene Formulierung „Schlichtungskommissionen schlichten Streitfälle innerhalb des
16 Kreisverbandes“ ist in ihrer Konkretheit nur wenig hilfreich in der Arbeit.

17 Ausgehend von den Erfahrungen und den Diskussionen in der Schlichtungskommission in der vergangenen
18 Wahlperiode empfehlen wir dem Stadtverband die Erarbeitung einer Ordnung als Grundlage für die Arbeit der
19 Schlichtungskommission, analog der Schiedsordnung. Dies erscheint uns ein wesentlicher Beitrag zur
20 Verbesserung der Qualität der Arbeit der Schlichtungskommission und zur Erhöhung ihrer Rechtssicherheit.

Änderungsantrag zur Geschäftsordnung

1 Antragsteller: Marco Böhme, Nele Werner, Tilman Loos, Paul Beyrich, Nora Schulze, Jan Nitzschmann, Antje
2 Soyka

Rederecht auch für andere Mitglieder

4 Beschlusstext:

5 Füge ein in Zeile 27 der Geschäftsordnung vor „haben Rederecht.“ folgendes ein:

6 „und Mitglieder der Partei DIE LINKE Leipzig“

7 **Begründung:**

8 Allen Mitgliedern soll es möglich sein ohne vorherige Abstimmung auf dem Stadtparteitag zu sprechen.
9 Eine möglichst große Beteiligung auf dem Stadtparteitag stellt eine Bereicherung und keine Einschränkung
10 dar. Für Bereicherungen sollten keine unnötigen Barrieren (wie die Abwesenheit eines klaren Rederechts)
11 gelten. Deswegen möchten wir, dass auch andere Parteimitglieder beteiligen können und nicht nur
12 Delegierte oder auf Grund eines Mandates Privilegierte.

Änderungsantrag 1 zu A.3.

1 Antragsteller: Marco Böhme, Ulf-Peter Graslaub, Gregor Henker, Kay Kamieth, Boris Krumnow, Juliane Nagel,
2 Holger Weidauer

Änderungsantrag zum A.3.

8 **Beschlusstext:**

9 Die Zeilen 31 bis 36 des 8-Punkte-Plans werden geändert und ersetzt durch:

10
11 DIE LINKE in Leipzig baut den Kontakt zu Vereinen, Verbänden **und außerparlamentarischen Gruppen** aus und
12 ist bestrebt, den Einfluss und die Präsenz der Partei durch die aktive Mitarbeit ihrer Mitglieder vor Ort zu
13 erhöhen. **Bei inhaltlichen Überschneidungen wird eine verstärkte gleichberechtigte Bündnisarbeit mit**
14 **diesen Gruppen angestrebt.**

15 DIE LINKE sucht die Verankerung in sozialen Brennpunkten (geringe Wahlbeteiligung, unterdurchschnittliche
16 Ergebnisse für DIE LINKE). **Neben der Interessenvertretung der abhängig beschäftigten Arbeiter/innen**
17 **und Angestellten sehen wir uns auch als Ansprechpartnerin für das neue Prekariat.**

18 **Darüber hinaus streben wir eine bessere Kommunikation in so genannte bildungsbürgerliche Schichten**
19 **und die Studierendenschaft an.** Eine wichtige Zielgruppe sind zudem **Mitbürgerinnen und Mitbürger mit**
20 **Migrationshintergrund.**

Änderungsantrag 2 zu A.4.

1 Antragsteller: Marco Böhme, Nele Werner, Tilman Loos, Paul Beyrich, Nora Schulze, Jan
2 Nitzschmann, Antje Soyka, Werner Kujat

Mehr als eine beratende Funktion

4 Ändern Zeilen 99 - 100 in:
5 "Wir treten deshalb für die Schaffung von Jugendstadtbezirksbeiräten
6 und eines Kinder- und Jugendparlamentes, die mehr als einer beratenden
7 Funktion haben, ein."

8 Begründung:
9 erfolgt mündlich

Änderungsantrag 3 zu A.4.

1 Antragsteller: Vorstand des Stadtbezirksverbands Süd der Partei DIE LINKE. Leipzig

A.4. dient als Diskussionsgrundlage

3 Es wird beantragt:

4 Der vorliegende Antrag A.4. dient als Diskussionsgrundlage für die daraus zu erarbeitenden
5 „Sozialpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE.Leipzig“ zu verabschieden.

Begründung:

7 Ziel dieses Antrags ist es die zu verabschiedenden sozialpolitischen Leitlinien als gemeinsames, diskursives
8 Ergebnis des gesamten Stadtverbandes der Partei DIE LINKE zu erarbeiten und danach zu verabschieden.

9 Dafür ist es unserer Meinung nach nötig die endgültige Verabschiedung zunächst zu vertagen und das bis
10 heute nur den Delegierten vorliegende Papier in allen interessierten Basisorganisationen,
11 Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüssen auf die Tagesordnung zu setzen.

12 Ergebnisse daraus würden in Workshops zusammengetragen und auf einer weiteren Tagung als
13 sozialpolitische Leitlinien verabschiedet.

14 Die Vorteile eines solchen Vorgehens sind:

- 15 • Bessere Möglichkeiten der Integration von Neu- und Basismitgliedern;
- 16 • Bessere Nutzung von Kompetenzen der verschiedenen Ag'en und Zusammenschlüsse;
- 17 • Mitarbeit der Mitglieder an den Leitlinien erhöht auch die Identifikation damit und das Einsetzen
18 dafür.

19 Indem wir die weitere Erarbeitung und Verabschiedung unserer sozialpolitischen Leitlinien explizit
20 herausstellen, steigern wir damit vielleicht auch deren medialen Widerhall und politische Wirkung.

Änderungsantrag 4 zu A.3.

1 Antragsteller: Juliane Nagel, Gregor Henker, Ulf-Peter Graslaub, Marco Böhme, Nele Werner, Paul
2 Beyrich, Nora Schulze, Jan Nitzmann, Kay Kamieth

3 Kulturelle Angebote und „weiche“ Themen

4 Es wird beschlossen:

5 Es wird ein neuer Punkt eingefügt:

6 9. DIE LINKE in Leipzig setzt verstärkt auf kulturelle und Bildungsangebote verschiedener Art, die in
7 Form und Erscheinung als auch im Inhalt (Betonung "weicher" Themen wie Bürgerrechte,
8 Umweltschutz etc.) auch junge Menschen ansprechen. In enger Zusammenarbeit mit dem
9 Jugendverband profiliert DIE LINKE Leipzig ihre Jugendarbeit.

10 Begründung:

11 Verschiedene Aktionsformen und Veranstaltungskonzepte sprechen verschiedene Menschen an. Es
12 gibt viele Formate die einerseits für alle spannend und abwechslungsreich sein können (Satire,
13 Aktionskunst, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen mit anschließendem Kulturprogramm,
14 Feierlichkeiten, Theater, Street-Art, thematisches Freiluftkino, Lesungen und Buchvorstellungen,
15 Touren uvm.) und andererseits auch Menschen ansprechen, die sich bis jetzt noch nicht oder eher
16 weniger angesprochen fühlen. Es wäre daher wünschenswert, in Zukunft Großveranstaltungen auch
17 für ein Klientel interessant zu machen, dass sich bisher eher weniger angesprochen fühlt und bei
18 kleineren Veranstaltungen explizit auf solche (wie o.g.) Veranstaltungsformate zu setzen.

Änderungsantrag 5 zu A.4.

1 Antragsteller: AG „Soziale Politik“ in und bei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

2 **Punkt IV Bildung auf hohem Niveau für alle**

3 Zeile 171 ergänzen:

4 „... Die verfassungsrechtlich verbrieftete Lehr- und Lernmittelfreiheit ist konsequent zu gewährleisten. **Dazu**
5 **gehört auch die Forderung nach Gebührenfreiheit von der KITA bis zum Studium.**“

6 **Begründung:**

7 Allein mit der Gewährleistung der Lehr- und Lernmittelfreiheit kann der Zugang zur Bildung für alle,
8 unabhängig von der sozialen Herkunft, nur bedingt gesichert werden. Deshalb ist die o.g. Ergänzung, auch
9 als Reflektion auf die studentischen Proteste, als weiterreichende Forderung einzufügen.

Änderungsantrag 6 zu A.3.

1 Einreicherin: AG "Soziale Politik" in und bei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

2 **Umgang mit Antrag A.3.**

3 1. Absetzung des Antrages A.3 von der Tagesordnung

4 2. Das Aktionsprogramm wird ohne Beschlussfassung an den neu gewählten Stadtvorstand mit der Maßgabe
5 überwiesen, daraus den Arbeitsplan des Stadtvorstandes zu entwickeln

6 3. Das unter Punkt 8 benannte Projekt „LINKS. hilft“ wird als eigenständiger Antrag zur Abstimmung gestellt.

7 **Begründung:**

8 Das vorliegende Papier wird seinem Anspruch als Aktionsprogramm nicht gerecht. Überwiegend werden
9 *innerparteiliche* Vorhaben benannt, die Gegenstand eines Arbeitsplanes des Stadtvorstandes beinhalten und
10 nicht als Alleinstellungsmerkmal unserer Partei erkennbar sind.

11 Ein Aktionsprogramm der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig sollte **Aktionen, mit inhaltlichen**
12 **Schwerpunkten** für unser politisches *Wirken nach außen* beinhalten. Dafür bieten Wahlanalyse
13 Rechenschaftsbericht zahlreiche Schlussfolgerungen und Herausforderungen. „Original sozial“ heißt für uns,
14 den differenzierten Interessenlagen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen politische Angebote zu
15 unterbreiten, die unseren linken Grundpositionen entsprechen.

16 Solche Angebote finden wir nur unter Punkt 8 (LINKS. hilft) in Bezug auf Erwerbslose, besonders Hartz IV-
17 Leistungsbezieher. Wir empfehlen deshalb den Delegierten, diesem Vorhaben in Form eines eigenständigen
18 Antrages zuzustimmen.

Änderungsantrag 7 zu A.3.

1 Antragsteller: Tilman Loos, Gregor Henker, Ulf-Peter Graslaub, Marco Böhme, Juliane Nagel, Nele Werner,
2 Paul Beyrich, Nora Schulze, Jan Nitzschmann, Antje Soyka

Neue Medien und Vernetzung

4 Beschlusstext:

5 Es wird ein neuer Punkt eingefügt:

6 9. DIE LINKE in Leipzig setzt verstärkt auf die Nutzung neuer Medien und auch sozialer Netzwerke im
7 Internet. Die Vernetzung der einzelnen Akteur/innen in der Partei soll zudem optimiert werden.

8 **Begründung:**

9 Für das Ansprechen neuer Zielgruppen und auch jüngerer Menschen ist die Nutzung neuer Medien,
10 insbesondere verschiedener Möglichkeiten des Internets, eine einfache aber effiziente Methode der
11 Öffentlichkeitsarbeit, Einbindung und Vernetzung.

Änderungsantrag 8 zu A.4.

1 Antragsteller: Siegfried Schlegel

2 **Änderungsantrag zum Antrag A.4.**

3 im Abschnitt III Wohnen ist ein Grundrecht

4 Die Überschrift wird geändert

5 III. Wohnen ist ein **Menschenrecht**

6 **Begründung:**

7 Seit 1991 betont die PDS und später die Linke, dass Wohnen nicht nur ein Grundrecht ist, was als solches
8 bisher nicht einmal als Staatsziel im Grundgesetz, sondern nur als in verschiedenen Länderverfassungen wie
9 in Sachsen verankert ist. Wir sollten vielmehr verdeutlichen und auch so benennen, dass es ein elementares
10 Menschenrecht ist, wie die Rechte auf Essen, Bekleidung, Frieden und Sicherheit. Da auch bisherige
11 Wohnungspolitische Leitlinien der Bundespartei und des Stadtverbandes diese Bezeichnung tragen, sollten
12 neue Leitlinien auf diese Forderung nicht verzichten.

13 Der Abschnitt III. Wohnen

14 sollte ab Zeile 147 mit nachfolgender Passage eingeleitet werden:

15 **Ein Hauptziel der Stadtentwicklung und der städtischen Wohnungspolitik muss sein, dass auch**
16 **zukünftig alle Bewohner und zeitweilig hier Lebenden entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten**
17 **eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung nach Lage, Größe und Ausstattung in einem**
18 **attraktivem Wohnumfeld in einem Stadtteil und einer Wohngebäudegeneration ihrer Wahl finden**
19 **können.**

20 **Begründung:**

21 Auch die Stadtentwicklung und die Wohnungspolitik beeinflussen und bestimmen die Sozialpolitik
22 grundlegend. Selbstgenutztes Wohneigentum und Privateigentum an Miethäusern machen schon heute mehr
23 als die Hälfte des Gesamtwohnungsbestandes der Stadt aus, durch den sich ein entsprechender Anteil von
24 Haushalten mit Wohnungen versorgt. Es muss aber soziales Anliegen und besonderes Merkmal der Linken
25 sein, dass sich wirklich alle Haushalte mit einer Wohnung mit Wohnraum versorgen können.

26 in Zeile 148 sollte ergänzt werden

27 Die Stadt hat **bei einem ausreichenden** Wohnungsbestand **zusammen mit den Wohnungs-**
28 **genossenschaften in allen Stadtteilen** Einfluss auf das örtliche Mietpreisniveau....

29 **Begründung:**

30 Die LWB hat derzeit einen Marktanteil von ca. 14 % am Gesamtwohnungsbestand und kann nur gemeinsam
31 mit den Wohnungsgenossenschaften das Mietpreisniveau nachhaltig beeinflussen. In den kommenden
32 Monaten muss im Stadtrat darüber gestritten werden, welche Quantität und Qualität ein „ausreichender“
33 Marktanteil städtischer Wohnungen ist.

34 in Zeile 153 sollte ergänzt werden

35 DIE LINKE setzt sich dafür ein, **dass durch die Fortschreibung des Mietspiegels und des**
36 **Betriebskostenspiegels die tatsächlichen Wohnkosten in Leipzig widerspiegelt werden.**

37 **Begründung:**

38 Die Stadtratsfraktion unserer Partei stellte Mitte der 90er Jahre angesichts drastisch steigender Mieten beim
39 Übergang ins Vergleichsmietensystem als erste einen Antrag zur Einführung des Mietspiegels. Aus unserer
40 Fraktion kam überhaupt die Idee, auch einen Betriebskostenspiegel für wichtige Betriebskostenarten

Änderungsantrag 8 zu A.4.

41 einzuführen. Dies wurde nach anfänglichem Widerstand 1999 durch eine „Betriebskostenbroschüre“
42 deutschlandweit zum allerersten Mal umgesetzt wurde. Ohne gegenseitige Kenntnis initiierte der Deutsche
43 Mieterbund zeitgleich modellhaft in einzelnen Städten einen Heizkostenspiegel. Mittlerweile gibt es solche
44 Betriebskostenspiegel in zahlreichen Städten und der Begriff hat sich durchgesetzt.

45 in Zeile 162 sollte ergänzt werden

46 Weiterhin muss ein ausreichender, am Bedarf orientierter, Bestand an bezahlbaren **familien- sowie**
47 **senioren- bzw. behindertengerechten Wohnungen in den Stadtteilen mit guter und erreichbarer**
48 **Infrastruktur** geschaffen werden.

49 **Begründung:**

50 Neben spezifischen bezahlbaren Wohnungen für Senioren und Behinderte ist für eine ausgewogene
51 demographische Entwicklung auch die Bereitstellung von Wohnungen für Familien mit guten Angeboten an
52 Kitas bzw. (Grund-) Schulen in der Nachbarschaft ebenfalls von besonderer Wichtigkeit.

Initiativantrag I.1.

1 **Antragsteller:** Juliane Nagel, Tilman Loos, Markus Heide, Mandy Gehrt, Marco Böhme, Nele Werner, Paul
2 Beyrich, Nora Schulze, Jan Nitzschmann, Antje Soyka, Ulf-Peter Graslaub, Martin Bertram

3 **Gegen die Beschneidung der Versammlungsfreiheit!**

4 **Beschlusstext:**

- 5 • DIE LINKE Leipzig lehnt den Gesetzesentwurf "über die landesrechtliche Geltung des Gesetzes über
6 Versammlungen und Aufzüge" der sächsischen Landesregierung ab
- 7 • DIE LINKE Leipzig spricht sich gegen die im Gesetzesentwurf vorgenommene Gleichsetzung von
8 Opfern „nationalsozialistischer und kommunistischen Gewaltherrschaft“ aus – die
9 nationalsozialistischen Verbrechen sind und bleiben singulär!
- 10 • DIE LINKE Leipzig bekennt sich zum Recht auf Versammlungsfreiheit als zentrales Instrument der
11 kollektiver politischer Meinungsäußerung und zivilgesellschaftlicher Intervention
- 12 • DIE LINKE Leipzig beteiligt sich an politischen Initiativen, die sich gegen die Einschränkung der
13 Versammlungsfreiheit richten

14 **Begründung:**

15 Mit der Förderalismusreform hat die damalige rot-grüne Bundesregierung auch die
16 Gesetzgebungskompetenz in Sachen Versammlungsrecht in die Hände der Bundesländer gelegt.

17 Damit begannen CDU bzw. CSU-geführte Landesregierungen das verbriefte Grundrecht auf
18 Versammlungsfreiheit restriktiv einzuschränken. Mit einer Verfassungsbeschwerde samt Eilantrag auf Erlass
19 einer einstweiligen Anordnung konnten bestimmte Regelungen des weitreichenden Landesgesetzes in
20 Bayern bis dato zumindest partiell wieder außer Kraft gesetzt werden. Baden-Württemberg und
21 Niedersachsen legten ihre Landesgesetzentwürfe daraufhin auf Eis.

22 Nur wenige Wochen nach der Vereidigung legte die sächsische Landesregierung aus CDU und FDP keinen
23 Gesetzesentwurf "über die landesrechtliche Geltung des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge" vor.
24 Sachsen will das Versammlungsrecht, verfasst in Artikel 8 GG, damit gezielt politisch motiviert demontieren.

25 Nicht umsonst wird das Vorhaben "lex Dresden" genannt, geht es der Staatsregierung damit vor allem um
26 die ordnungspolitische Regulierung von Erinnerungskultur im Hinblick auf den Jahrestag des alliierten
27 Luftangriffes auf die Landeshauptstadt am 13./14.2.1945.

28 Nicht nur Nazis sondern auch politische Linke und all jene, die sich aktiv mit Geschichte auseinandersetzen
29 sollen damit in die Schranken gewiesen werden. Dresden soll insbesondere am 13./14.2. zur Tabuzone für
30 politische Demonstrationen werden.

31 Darüber hinaus soll es künftig u.a. möglich sein, Versammlungen an Orten zu verbieten, wenn dieser "von
32 historisch herausragender Bedeutung" sind und dabei an "Menschen, die unter der nationalsozialistischen
33 oder der kommunistischen Gewaltherrschaft Opfer menschenunwürdiger Behandlung waren" oder allgemein
34 an »die Opfer eines Krieges« erinnere. Den Versammlungsbehörden soll die Definitionsmacht gegeben
35 werden eben solche Orte zu bestimmen. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die kommunalen
36 Versammlungsbehörden mehr Kompetenzen in die Hände bekommen um Veranstaltungen zu verbieten,
37 wenn ein "konkreter Bezug" zu Veranstaltungen in der Vergangenheit, bei denen es zu "Gefährdungen oder
38 Störungen" gekommen ist, existiert. Mit den Stimmen von schwarz-gelb wurde das Gesetz am 21.1.2010 in
39 der Sitzung des Sächsischen Landtags beschlossen.

Initiativantrag I.2.

1 Antragsteller: AG Antifaschistische Politik

2 8. Mai 2010 - 65 Jahre Befreiung

3 Beschlusstext:

4 DIE LINKE Leipzig unterstützt die AG Antifaschistische Politik bei der Vorbereitung, Durchführung und
5 Finanzierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen am und im Vorfeld des 8. Mai 2010.

6 Begründung:

7 2010 jährt sich der 8. Mai als Tag der Befreiung von der Nationalsozialistischen Herrschaft zum 65. Mal. Im
8 Gedenkdiskurs spielt dieser Tag jedoch entweder kaum eine Rolle oder wird zur "Stunde null" umgedeutet.
9 So wichtig wie die Befreiung vom staatlich manifestierten Nationalsozialismus auch war und bleibt, so ist die
10 Annahme mit dem 8. Mai sei gleichsam der Nationalsozialismus als Ideologie untergegangen, jedoch ein
11 (leider) gefährlicher Trugschluss.

12 Auf beide Aspekte - die Befreiung vom Nationalsozialismus aber auch sein Fortleben in form heute aktiver
13 nazistischer Bewegungen - wollen wir vor und am 8. Mai 2010 hinweisen.

14 Dies möchten wir mit ausgewählten Aktionen, wie z.B. einer Podiumsdiskussion im Vorfeld, Infor-
15 mationsmaterial, Filmreihen und einer Kundgebung bewirken und den 8. Mai wie die Jahre zuvor in das
16 Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken.

17 Bereits in den Jahren zuvor haben wir mittels alternativer Kundgebungen und Infoständen (Verlosungen,
18 Musik, Burger, Cocktails, Film, Material) aktiv auf den 8. Mai hingewiesen.

Initiativantrag I.3.

1 Antragsteller: AG "Soziale Politik" in und bei DIE LINKE.Stadtverband Leipzig

2 65. Jahrestag der Befreiung

3 Antrag:

4 Anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gestaltet DIE LINKE. Stadtverband
5 Leipzig am 8. Mai 2010 eine öffentliche Veranstaltung. Dazu sollten in einem breiten Bündnis
6 Organisationen und Initiativen gewonnen werden, mit eigenen Beiträgen ihr Verhältnis zu diesem
7 historischen Ereignis und aktuelle Bezüge zum Engagement gegen Naziumtriebe darzustellen. Die
8 Fraktion im Stadtrat wird gebeten, eine von allen Fraktionen und der Stadtverwaltung getragene
9 Gedenkveranstaltung der Stadt Leipzig anzuregen.

10 Begründung:

11 Verschiedene Organisationen und Initiativen planen bereits unterschiedlichste Veranstaltungen im
12 Zeichen des 65. Jahrestages. Umso mehr sind wir gefordert und in der Pflicht, diesen Tag in würdiger
13 Form und in aller Öffentlichkeit zu begehen. In Anlehnung an den „Markt für Demokratie“ vom
14 9.10.2009 sollten wir in einem breiten und gleichberechtigten Bündnis – ohne Vereinnahmung –, die
15 historische und aktuelle Bedeutung dieses Ausgangspunktes für eine demokratische und friedliche
16 Entwicklung in Deutschland und Europa den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln.

Initiativantrag I.4.

1 Antragsteller: Mandy Gehrt, Juliane Nagel, AG Antifa, Linksjugend Leipzig, Stadtbezirksvorstand DIE LINKE
2 Leipzig Süd

Unterstützung der „Save-me“ Kampagne – Leipzig sagt Ja zur Aufnahme von Flüchtlingen!

5 Der Stadtparteitag möge beschließen,

6 dass die Partei Die LINKE Leipzig die Kampagne „Save-me“ zur kontinuierlichen Aufnahme von
7 Flüchtlingen in der BRD innerhalb eines Neuansiedlungsprogramms entsprechend ihrer Möglichkeiten
8 unterstützt und sich als Patin auf der Website von Save Me! Leipzig einträgt.

9 Begründung:

10 Millionen schutzbedürftige Flüchtlinge weltweit befinden sich heute in einer ausweglosen Lage. Die
11 internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, die meist armen und strukturell überforderten
12 Erstzufluchtländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar
13 der Vereinten Nationen UNHCR ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für
14 Flüchtlinge zu finden. Eine solche Lösung ist unter anderem die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in
15 einem aufnahmebereiten Staat („Resettlement“ oder „Neuansiedlung“). Eine ganze Reihe von Staaten
16 betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA (mit 41.300
17 Flüchtlingen im Jahr 2006). Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien
18 und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit.

19 Vor dem Hintergrund der Situation der Flüchtlinge auf der Welt hält die UNHCR eine Ausweitung der
20 verfügbaren Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich und versucht, auch Deutschland zu einem
21 Resettlementprogramm zu bewegen und unterstützt daher die Aktion „Save-me“. Eine Ausweitung der
22 Neuansiedlungspolitik wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und
23 dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt. In der Öffentlichkeit wurden 30.000 Neuansiedlungsplätze
24 für Flüchtlinge in Deutschland jährlich gefordert. Platz genug ist da: Die Flüchtlingszahlen sind in
25 Deutschland so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. In Zeiten durchgreifender Abschottung an den
26 Grenzen Europas und bei weltweit konstant hohen Flüchtlingszahlen muss Deutschland wieder seinen Teil
27 der Verantwortung übernehmen.

28 Deswegen sind Kommunen ausdrücklich dazu aufgefordert, Flüchtlinge aufzunehmen und ihren Teil dazu
29 beizutragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausweglosen Situationen befinden, eine neue Heimat finden
30 und eine Lebensperspektive erhalten.

31 Folgende Städte und Bundesländer haben sich der Aktion „Save-me“ bereits angeschlossen und somit
32 bereiterklärt, Flüchtlinge aufzunehmen:

33 **Aachen | Bonn | Düsseldorf | Erfurt | Glinde | Greifswald | Hanau | Hannover | Heidelberg | Kiel |**
34 **Mainz | München | Neubrandenburg | Reutlingen | Rostock | Schwerin | Schleswig-Holstein |**
35 **Tübingen | Ulm**